

Außenpolitisches Debakel – innenpolitische Chance

Die Übergangsregierung in Prag während der EU-Ratspräsidentschaft Tschechiens

Gereon Schuch und Marie-Lena May

In der Tschechischen Republik ist die Koalitionsregierung aus Konservativen, Christdemokraten und Grünen Ende März durch ein Misstrauensvotum der sozialdemokratischen Opposition gestürzt worden. Ein »Beamtenkabinett« leitet seit dem 8. Mai bis zu den vorgezogenen Neuwahlen Mitte Oktober die Amtsgeschäfte – und das ausgerechnet während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft. Das Vorgehen der Opposition zeugt von politischer Verantwortungslosigkeit und provinzieller Beschränktheit. Selbst der ehemalige Staatspräsident und moralische Übervater Tschechiens, Václav Havel, verurteilte die Opposition ob ihrer »Dummheit« und warf ihr vor, der Regierung den Dolch in den Rücken gestoßen zu haben.

Der Zeitpunkt für den Sturz war denkbar ungünstig. Die Installierung eines parteiübergreifenden »Beamtenkabinetts« und die anstehenden Neuwahlen bieten Tschechien aber die Chance, endlich eine handlungsfähige Regierung zu bilden: eine große Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten.

Nachhaltigkeit wird in der Politik immer wieder eingefordert. Tschechien hat diesen Anspruch zu Genüge erfüllt, denn auf europäischer Ebene hat sich die tschechische Politik nachhaltig blamiert. Nicolas Sarkozy und andere Kerneuropäer im schönen alten Westeuropa werden sich die Hände reiben und auf ihre warnenden Worte zum Ausklang der »Grande Présidence« verweisen. Am 24. März stürzte die sozialdemokratische Opposition (ČSSD) die Koalitionsregierung des konservativen Ministerpräsidenten Mirek Topolánek (ODS). Dieser musste den Rücktritt einreichen und war fortan nur noch geschäftsführend im Amt. Die Suche nach einer Übergangsregierung begann – Tschechien war Hals über Kopf in eine handfeste Regierungskrise geschlittert, die auch Auswirkungen auf Europa hatte: Die innenpolitische Entmachtung der tschechischen Regierung hat der EU eine Übergangspräsidentschaft beschert, die politisch unerfahren und öffentlich unbekannt ist.

Die Europäische Union scheint führungslos. Der vergangene EU-Gipfel in Prag zur Östlichen Partnerschaft wurde zu einem Treffen der Stellvertreter – ein Indiz für die Wahrnehmung und Prioritätensetzung in den anderen europäischen Hauptstädten. Damit werden die politischen Inhalte der EU-Spitzentreffen deklassiert und die inhaltlichen Bemühungen der tschechischen Ratspräsidentschaft konterkariert.

Tschechien an Europas Spitze

Doch zuerst sah es ganz anders aus. Nachdem die Tschechische Republik am 1. Januar 2009 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hatte, schien die Regierung in Prag allen Unkenrufen zum Trotz auf die »Herausforderung Ratspräsidentschaft« gut vorbereitet und erntete Anerkennung – zum Missfallen von Staatspräsident Václav Klaus, ein bekennender EU-Kritiker, der mit markigen Sprüchen gegen den Vertrag von Lissabon wettete. Das tschechische Parlament jedoch

ratifizierte den Vertrag im Februar, es fehlte nur noch die zweite Kammer, der Senat.

Gleich zu Anfang war das Prager EU-Krisenmanagement gefragt: Der Krieg im Gaza-Streifen führte zu einer Diskussion über den Umfang europäischen Engagements in Nahost, und der russisch-ukrainische Gasstreit zeigte der EU die Konsequenzen ihrer Energieabhängigkeit. Die tschechischen Politiker und Beamten pendelten von Moskau nach Kiew, wehrten sich gegen Sarkozys Aktionismus und standen mit ihrer Leistung für eine ganze Region: Auch kleine, neue Demokratien können die EU erfolgreich führen!

Der Regierungssturz

Doch die Freude hielt nur bis zum 24. März. Obwohl der Parteivorsitzende der sozialdemokratischen Oppositionspartei (ČSSD), Jiří Paroubek, einen »Burgfrieden« mit der ODS-geführten Koalitionsregierung von Mirek Topolánek für die Dauer der EU-Ratspräsidentschaft angekündigt und sich bisher als proeuropäisch präsentiert hatte, lancierte er ein Misstrauensvotum gegen die Regierung – und stürzte sie.

Das gelang ihm mit Hilfe zweier Abweichler aus Topoláneks ODS und zweier Abgeordneter aus den Reihen des kleinen grünen Koalitionspartners. Eigentlich war das eine einfache Übung: Topoláneks Regierung vereinte hinter sich nur 98 der 200 Sitze im Parlament und musste sich auf das Wohlwollen parteiloser Abgeordneter verlassen. Der Ministerpräsident stand ständig in der Schusslinie Paroubeks, der zuvor bereits viermal versucht hatte, die Regierung zu stürzen. Offenbar hatte der Oppositionsführer bei seinem fünften Anlauf selber nicht an seinen Erfolg geglaubt, denn es fehlte ihm ein politisches Konzept für das weitere Vorgehen; er sprach sich für eine Weiterführung der Amtsgeschäfte durch die bisherige Regierung aus, die dann nach der EU-Ratspräsidentschaft Neuwahlen vorbereiten sollte.

Doch diese Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Staatspräsident Václav Klaus sah die Chance, endlich

seinen parteiinternen Erzfeind Topolánek politisch zu demontieren und den Vertrag von Lissabon, in seinen Augen Sinnbild allen Übels in Europa, zum Scheitern zu bringen.

Topolánek hatte die ODS gerade europapolitisch immer weiter von ihrem Gründervater und Ehrenvorsitzenden Klaus entfernt. Dieser legte Ende 2008, nachdem sein Günstling Pavel Bém gegen Topolánek die Abstimmung um den Parteivorsitz verloren hatte, seinen Ehrenvorsitz nieder.

Das »erfolgreiche« Misstrauensvotum gab Václav Klaus nun großen Einfluss: An ihm lag die Entscheidung, wer weiter regieren sollte – und das während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft und kurz vor der Abstimmung über den Vertrag von Lissabon im tschechischen Senat.

Der Präsident verweigerte Topolánek den Auftrag zur Regierungsbildung. So waren die beiden großen Parteien gezwungen, sich gemeinsam auf einen – möglichst unpolitischen – Kandidaten zu verständigen, der dann dem Präsidenten als Übergangspremier zur Bildung eines »Beamtenkabinetts« vorgeschlagen wurde. Die Wahl fiel auf den Leiter des tschechischen Statistikamts, Jan Fischer. Auf der tschechischen und erst recht der europäischen Politikbühne ist er unbekannt und unerfahren.

Bei der zweiten Rechnung jedoch hatte sich Klaus gewaltig geirrt: Der tschechische Senat stimmte am 6. Mai für den Lissabonner Vertrag und damit auch gegen den Staatspräsidenten.

Heftige Kritik und enttäuschte Bürger

Die Aktion der Opposition zeigt, dass in Prag auch fünf Jahre nach dem EU-Beitritt innenpolitische Machtintrigen und europapolitische Verantwortungslosigkeit die politische Bühne beherrschen. Im Inland wie im europäischen Ausland war die Kritik dementsprechend heftig. Petr Drulák, Direktor des

renommierten Prager Instituts für Internationale Beziehungen, forderte in der konservativen Tageszeitung »Lidové noviny« die Ablösung der herrschenden politischen Klasse und rief zu einem Wahlboykott auf. Auch in Deutschland war die Resonanz deutlich negativ. Klaus Brill, Korrespondent der »Süddeutschen Zeitung«, sprach von einem »Mangel an staatsmännischen Verantwortungsbewusstsein« und dem in der tschechischen politischen Elite ausgeprägten Unwillen zum demokratischen Kompromiss.

Europapolitisch wurde das erfolgreiche Misstrauensvotum insgesamt als Desaster gesehen. Topolánek selbst nannte es eine internationale Blamage. Das Führungspersonal musste in der Mitte der Ratspräsidentschaft seine Plätze räumen, Expertise und Erfahrung auf dem Europäischen Parkett gingen von heute auf morgen verloren. Europa-Minister Alexandr Vondra, hauptverantwortlich für die inhaltliche Konzeption der Präsidentschaft, musste die Arbeit an den bisherigen Botschafter bei der NATO abgeben.

Das Treiben auf der Burg und im Parlament wird von vielen Tschechen mittlerweile nur noch mit einer Mischung aus Desinteresse und Verachtung wahrgenommen. 90% der Tschechen sind mit der momentanen politischen Situation im Lande unzufrieden. Die Tschechen verfolgten mit wachsendem Interesse die Ratspräsidentschaft und wurden von ihrer politischen Elite umso mehr enttäuscht. Sie werden ihre Antwort geben: Die Beteiligung bei der anstehenden Europawahl wird niedrig ausfallen und bei den vorgezogenen Neuwahlen im Oktober werden beide großen Parteien an Stimmen verlieren.

Neujustierung der politischen Kräfteverhältnisse in Prag

Diese Entwicklung bietet Tschechien allerdings die Chance zur Neujustierung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse. Die Regierung von Mirek Topolánek stand von Anfang an auf wackeligen Beinen und verfügte nur mit Stimmen von Abwechslern aus den

Reihen der sozialdemokratischen Opposition über eine Mehrheit im Parlament. Die Regierung war nur eingeschränkt handlungs- und entscheidungsfähig. Neuwahlen hätten eigentlich schon früher diese Lähmung beenden müssen.

Politische Instabilität hat in Prag leider Tradition. Seit der Auflösung der Tschechoslowakei 1993 wurde Tschechien rund sechs Jahre von ČSSD- oder ODS-Minderheitsregierungen geführt, da keine stabilen Koalitionsregierungen gebildet werden konnten. Das Land hat in den fast 17 Jahren seiner Selbstständigkeit bisher zehn Regierungen erlebt.

Die EU-Ratspräsidentschaft drängte diese Situation jedoch in den Hintergrund. Es schien überparteilicher Konsens zu sein, sich auf der Brüsseler Bühne nicht zu blamieren und den Schein für das halbe Jahr zu wahren. Zwar ist das schief gegangen, doch nun kann sich die tschechische Politik sammeln.

Mit dem »Beamtenkabinett« Fischer haben sich ODS und ČSSD de facto auf eine große Koalition verständigt. Möglich wurde das nur, weil keiner der herausragenden Protagonisten der beiden Parteien an der Spitze der Regierung steht. Seine vermeintlich nicht parteigebundene Regierung verschafft beiden Lagern Spielraum, denn nach außen wird suggeriert, keine der beiden Parteien trage die politische Verantwortung. Ohne deren Unterstützung und Stimmen im Parlament könnte es aber auch kein »Beamtenkabinett« geben. Auch das »Beamtenkabinett« benötigt parlamentarische Mehrheiten und hat nichts mit den »Präsidentalkabinetten« der Weimarer Republik zu tun, die mithilfe präsidialer Vollmachten am Parlament vorbei regieren konnten. So haben die Sozialdemokraten auch einen Forderungskatalog an Fischer gestellt – sonst werden sie ihm nicht ihr Vertrauen schenken. Das Spiel geht also weiter, denn bis zum 6. Juni muss das Parlament der Übergangsregierung das Vertrauen aussprechen.

Handlungsfähige Regierung notwendig

Die persönlichen Machtkämpfe zwischen Topolánek und Paroubek dürfen nach der Wahl im Oktober nicht mehr die Politik bestimmen. Die miteinander verfeindeten Protagonisten müssten die entsprechenden Konsequenzen ziehen und sich von der politischen Bühne verabschieden. Ob sie dazu bereit sind, ist mehr als fraglich – doch inhaltlich wie personell werden Parteien von unten nach oben aufgebaut.

In der ODS und ČSSD sollten deshalb jene gemäßigten Kräfte versuchen, ihren Einfluss zu stärken und entsprechende Personen zu positionieren, die nach Neuwahlen für eine große Koalition bereit wären. Zwar ist ein solches Bündnis – wie auch das Beispiel Deutschland lehrt – nicht die perfekte Lösung. Angesichts der wahrscheinlichen Alternativen nach den Wahlen Mitte Oktober ist diese Konstruktion aber vielleicht der bestmögliche Kompromiss, um eine stabile und handlungsfähige Regierung zu bilden, die nicht auf Abweichler oder die archaische Kommunistische Partei angewiesen ist. Denn voraussichtlich wird weder die ČSSD noch die ODS mit den kleinen Parteien eine Mehrheit finden.

Tschechien braucht eine stabile Regierung, um die Herausforderungen der Wirtschaftskrise, die bis Oktober auch in Prag mit voller Wucht angekommen sein wird, angehen zu können und den Einfluss des Staatspräsidenten in Grenzen zu halten. Denn der wird noch bis 2013 verhindern, dass auf der Prager Burg eine Europa-Flagge weht. Verfassungsrechtlich sind die Möglichkeiten des Präsidenten beschränkt, doch es bedarf eines entschlossenen Auftretens, um seinem politischen Ego und Geltungsdrang entgegen zu treten. Der tschechische Senat hat mit seiner Ratifizierung des Vertrags von Lissabon am 6. Mai 2009 gezeigt, dass Klaus zwar poltert, in Tschechien aber keinen ent-

scheidenden politischen Einfluss besitzt. Zwar spielt er sich in Prag als Hüter der unabhängigen tschechischen Demokratie vor der totalitären Bedrohung aus Brüssel auf, doch scheint er mit der Akzeptanz demokratischer Grundregeln seine Probleme zu haben: Nach der Zustimmung des Senats warf er den Senatoren »feiges Versagen« vor und kündigte an, seine verfassungsmäßig notwendige Unterschrift so lange wie möglich hinauszuzögern. Offenbar überspannt er den Bogen, denn selbst einstige Unterstützer gehen auf Distanz. Stimmen aus dem tschechischen Senat, Klaus seines Amtes zu entheben, zeigen, wie tief die Verärgerung ist.

Durch eine stabile Regierung nach der Oktoberwahl kann sich Tschechien außenpolitisch die Handlungsfähigkeit verschaffen, deren Mangel als bitterer Beigeschmack seiner Ratspräsidentschaft leider erhalten bleiben wird. Die Fraktionen des Europaparlaments und die europäischen Schwesterparteien sollten die Parteien Tschechiens bei der Schaffung einer politischen Kultur unterstützen, die den parlamentarischen Kompromiss als Erfolg und nicht als Niederlage begreift. Dass die deutsche Bundeskanzlerin trotz dem Fernbleiben vieler Regierungschefs zum EU-Gipfel zur Östlichen Partnerschaft Anfang Mai nach Prag reiste, war genau das richtige Zeichen.



Marie-Lena May
<m.may@dgap.org>



Gereon Schuch
<schuch@dgap.org>